

HANNOVERSCHES VOLKSBLATT

Zeitung der **Deutschen Kommunistischen Partei Hannover**

www.dkp-hannover | www.facebook.com/DKPHannover

März 2021

Nach den Wahlen heißt es zahlen!

Die Coronakrise kostet – im vergangenen Jahr haben Bund, Länder und Kommunen 479,9 Mrd. Euro zusätzlich ausgegeben. Hinzu kommen 27 Mrd. aus den Sozialkassen, vor allem für Kurzarbeitergeld. Während Teile dieser Ausgaben den arbeitenden Menschen, den Studierenden, den Rentnern und Erwerbslosen vielfach gerade eben über die Runden helfen, stellt die Bundesregierung außerdem noch 826,5 Mrd. als Garantien für Unternehmen zur Verfügung, oft wie im Falle Luftansa zur Rettung der Großaktionäre auf Kosten der Beschäftigten. Für dieses Jahr rechnet die Bundesregierung noch einmal mit 184 Mrd. an zusätzlichen Ausgaben.

Energiepreiserhöhungen

Angesichts dieser enormen Summen stellt sich die Frage, wer die Rechnung bezahlen muss. Im Herbst sind Bundestagswahlen. Die Vermutung liegt nahe, dass die große Koalition ihre Antwort auf diese Frage vorher nicht verrät. Bereits während der aktuellen Krise stiegen die Vermögen der Superreichen in Deutschland von 400 auf 600 Mrd. Euro, während 40 % der Erwerbstätigen Einkommenseinbußen hinnehmen mussten. Die Erfahrungen aus der jüngsten Vergangenheit zeigen: Geholt wird das fehlende Geld nicht bei den Superreichen, sondern bei der großen Mehrheit der Bevölkerung. Etwa mit

der Erhöhung von Verbrauchssteuern. Beispiel Mehrwertsteuer: Sie wird von uns allen bei jedem Einkauf gezahlt. Kurzzeitig wurde sie abgesenkt – doch anstatt dies beizubehalten und damit die Erhöhungen der Vergangenheit zumindest teilweise zurückzunehmen, gilt seit 1.1. wieder der alte Mehrwertsteuersatz. Beispiel CO2-Steuer: Begleitet von der sogenannten „Klimabewegung“ wurde sie 2019 von der Bundesregierung beschlossen. Das Ergebnis: enercity erhöht u. a. deswegen die Gas- und Strompreise, was pro Jahr weit über 100 Euro zusätzliche Kosten für einen Durchschnittshaushalt bedeuten. Eine mögliche schwarz-grüne Koalition lässt hier Böses erahnen.

Rentensenkungen

2021 wird es für Rentner eine Nullrunde geben – angesichts von Preissteigerungen also ein realer Verlust. Unter

BTW 21

**Gesundheit
vor Profite -
Krankenhäuser
in öffentliche
Hand!**

Kommunisten wählen! DKP

Bundestagswahl 2021:

Deine Stimme zählt

Deutsche Kommunistische Partei

Skandal im Corona-Jahr 2020: 20 Krankenhäuser geschlossen!

Die Corona-Maßnahmen der Regierung werden damit begründet, dass das Gesundheitssystem nicht überlastet werden darf, damit sind auch die Kapazitäten der Krankenhäuser und der Intensivbetten gemeint. Kaum zu glauben, aber wahr: Es gibt ein bundesweites ungebremstes Kliniksterben. **Es gab im Jahr 1991 noch 2.411 Krankenhäuser, im Jahr 2019 nur noch 1.914** und es geht weiter. Die Liste der 2020 geschlossenen Krankenhäuser:

Baden-Württemberg: Riedlingen, Weingarten, Mannheim; Bayern: Waldsassen, Vohenstrauß, Fürth; Brandenburg: Lehnin; NRW: Winterberg, Bochum-Linden, Essen-Altenessen, Essen-Stoppenberg, St. Tönis; Rheinland-Pfalz: Oberwesel, St. Goar, Ingelheim; Schleswig-Holstein: Wedel; Saarland: Ottweiler, Losheim; Sachsen-Anhalt: Havelberg; Sachsen: Schneeberg.

Gleichzeitig ging 2020 die Zahl der Intensivbetten um 4.100 zurück, von 30.900 auf 26.800.

Der Staatssekretär von Jens Spahn, Thomas Gebhart (CDU), hatte dazu in der Bundestagsitzung am 13. Januar 2021 auf Anfrage nur die nichtsagende Antwort: Der Bundesregierung ist von Schließungen nichts bekannt, denn Krankenhäuser sind Sache der Länder.

Fortsetzung von Seite 1

Nach den Wahlen heißt es zahlen!

dessen wird weiter an der Zerstörung der gesetzlichen Rente gearbeitet, wie es SPD, CDU, Grüne und FDP seit 20 Jahren mit ihren „Reformen“ immer wieder tun. Aus der CDU tönt es nun, dass das einheitliche Renteneintrittsalter abgeschafft werden und ein Teil der Rente per Kapitalanlage finanziert werden soll, also zum Spekulationsobjekt an der Börse gemacht wird.

Streichkonzert in Hannover

Weitere Kosten kommen auf uns Hannoveraner zu. Mit dem seriös klingenden Begriff „Konsolidierungsprogramm“ sollen 90 Millionen Euro in den kommenden vier Jahren im Haushalt eingespart werden. Input für das Sparprogramm holte sich die Stadtspitze von der Firma KPMG, eine international handelnde Wirtschaftsprüfungsgesellschaft. Die ist bekannt für ihre Verwicklung in den Cum-Ex-Skandal und Privatisierungsstrategien und setzt auf Firmensplitting, um Gewerkschaft-

Zudem sollen Eintrittspreise und Gebühren steigen, etwa in Schwimmbädern, beim Essensgeld in den Kitas und bei der Straßenreinigung.

Wir Kommunistinnen und Kommunisten fordern:

- **Die Corona-Rechnung soll von den Superreichen bezahlt werden, die sich schamlos während der Krise mit staatlicher Unterstützung bereichert haben.**
- **Nicht von den Arbeitern, Rentnern und Erwerbslosen!**
- **Für sichere, auskömmliche und garantierte Renten.**
- **Gegen CO2-Steuer und andere Verbrauchssteuern.**
- **Für preisgünstige Strom-, Gas- und GVH-Tarife.**



BTW 21

**Arbeitsplätze
verteidigen!
100%**

**Kurzarbeitergeld
mit Kündigungsschutz!
Kommunisten wählen! DKP**

**Bundestagswahl 2021:
Deine Stimme zählt
Deutsche Kommunistische Partei**

ten das Handwerk zu legen. Von dieser Seite kam auch der Vorschlag, Alten- und Pflegeheime sowie Kindertagesstätten zu privatisieren. Die 90 Mio. sollen zum Großteil durch die Fremdvergabe, Privatisierung und Digitalisierung von Verwaltungsaufgaben reingeholt werden. Im Klartext heißt das: Es wird bei den städtischen Personalausgaben gekürzt, also Lohn- und Arbeitsplatzabbau, oder bei den kommunalen Aufgaben wie etwa Winterdienst oder Zuschüsse für Sport, Freizeit und Kultur. Oder sogar bei beiden?

Erinnerung aus Krähwinkels Schreckenstagen

Wir Bürgermeister und Senat,
Wir haben folgendes Mandat
Stadtväterlichst an alle Klassen
Der treuen Bürgerschaft erlassen.

...

Der Obrigkeit gehorchen, ist
Die erste Pflicht für Jud und Christ.
Es schließe jeder seine Bude
Sobald es dunkelt, Christ und Jude.
Wo ihrer drei beisammen stehn,
Da soll man auseinander gehn.
Des Nachts soll niemand auf den Gassen
Sich ohne Leuchte sehen lassen.

...

Wer auf der Straße räsoniert,
Wird unverzüglich füsiliert;
Das Räsonieren durch Gebärden
Soll gleichfalls hart bestrafet werden.
Vertrauet Eurem Magistrat,
Der fromm und liebend schützt den Staat
Durch huldreich hochwohlweises
Walten;
Euch ziemt es, stets das Maul zu halten.

(Heinrich Heine, 1854)

Internationaler Frauentag 8. März

Seit dem 1. Internationalen Frauentag 1911 wird gleicher Lohn für gleiche Arbeit gefordert, doch noch immer verdienen Frauen in Deutschland nach Angaben des statistischen Bundesamtes im Durchschnitt 19% weniger als Männer. Dieser „Gender Pay Gap“ (geschlechtsspezifisches Lohngefälle) besteht trotz Gleichstellungsgesetz und Mindestlohn. Und es setzt sich bei den Renten fort; hier beträgt der Unterschied sogar 38% (Durchschnittsrente Frauen 711 Euro, Männer 1.148 Euro).

Nicht nur bei der Entlohnung, auch bei den Arbeitsplätzen sind Frauen besonders betroffen. Das kann man in Hannover hautnah erleben. Ende September wird der Lindener Real-Markt aufgegeben, 103 vornehmlich weibliche Mitarbeitende sind betroffen. Wie bei der Schließung



von Karstadt/Kaufhof in der Georgstraße zahlen die Verkäuferinnen mit ihren Arbeitsplätzen für das Profitstreben der Unternehmen – und ein Ende des Warenhaus-schrumpfens ist nicht absehbar.

Solange Einkommen und Arbeitsplätze für die große Mehrzahl der beschäftigten Frauen nicht gesichert sind, sind schöne Worte von der „Aufwertung der Frauenberufe“ leere Versprechungen und die Besetzung der Konzernspitzen mit einem Drittel Vorstandsfrauen propagandistische Feigenblätter.

Mit Clara Zetkin, die 1910 die Initiative für den Internationalen Frauentag ergriff, stellen wir fest: Nur wenn wir gemeinsam-Frauen und Männer - kämpfen, können wir der doppelten Ausbeutung im Kapitalismus, den zu niedrigen Löhnen, der allein getragenen Care-Arbeit, der unzureichenden Kinderbetreuung und dem Pflegenotstand etwas entgegensetzen.

Aus den Stadtteilen

Linden-Limmer

Stadtparkasse Filiale Falkenstraße Schnickschnack nein!

Dienstleistung ja!

In der Falkenstraße nahe dem Lindener Markt befand sich bis zum Frühjahr 2020 eine Sparkassenfiliale. Jetzt betreibt die Stadtparkasse Hannover in diesen Räumlichkeiten eine Wohlfühl- und Lifestyle-Oase mit Beratungsangebot für die „besseren“ Kunden. Ladestationen für Mobilgeräte und E-Roller, Sitzcken für das Wohnzimmergefühl oder die Möglichkeit, gemütlich einen Kaffee zu trinken, erwarten die verwunderte Kundin und den verblüfften Kunden. Einen Bargeldschalter suchen sie allerdings vergebens. Stattdessen finden sie zwei SB-Terminals und vier Geldautomaten vor, von denen jeweils die Hälfte „wg. Corona“ außer Betrieb sind. Nebenher hat der Umbau nach dem Motto „Schnickschnack statt Dienstleistung“ drei Millionen Euro gekostet.

Bargeld ist gesetzliches Zahlungsmittel und die Abwicklung von Bankdienstleistungen im Bargeldbereich gehört zu den Aufgaben der Sparkassen. Es ist skandalös, dass die Sparkasse Hannover als öffentlich-rechtliches Institut sich zum



Helfer der Anti-Bargeld-Kampagne der großen Kreditkarten-Konzerne macht. Das Ziel dieser Kampagne ist einfach: Mehr Maschineneinsatz, weniger Dienstleistung, mehr Gebühren und mehr Überwachung für die „einfachen“ Kunden.

Die DKP tritt für gute Bank- und Postdienstleistungen im Interesse der werktätigen Menschen und Gewerbetreibenden im Stadtteil ein. Daher bei den Bezirksratswahlen am 12. September 2021 – DKP wählen!

Herrenhausen-Stöcken

Eltern sorgen sich um ihre Kinder Eltern in Herrenhausen sind besorgt und wütend: Viele Schulwege sind nicht sicher!

Autos gefährden Schülerinnen und Schüler auf ihrem Weg zur Schule. Besonders schlimm ist es rund um das Gymnasium Goetheschule in Herrenhausen: Die Verkehrssituation bringt die Kinder dort immer wieder in Gefahr. Das gilt besonders für Schüler die mit dem Rad fahren. Auf dem Weg zur Goetheschule müssen viele Schüler den Zugang über den Herrenhäuser Kirchweg in den Franziusweg nutzen. Besonders dort sei die Lage gefährlich, wenn etwa Lastwagen und Müllfahrzeuge den Weg der Schüler auf ihren Rädern kreuzen. Nach etlichen Protesten der Eltern will die Stadt jetzt erst einmal einen provisorischen Überweg einrichten.

Wir fordern eine schnelle, sichere und dauerhafte Lösung für diese Gefahrenquelle!

50 Jahre Berufsverbote

Am 28. Januar 2022 jährt sich zum 50. Mal der Jahrestag der verfassungswidrigen Berufsverbote. 1972 beschloss die Ministerpräsidentenkonferenz der Bundesländer den sogenannten Radikalenerlass: Millionenfache Überprüfungen durch den „Verfassungsschutz“, Bespitzelungen durch staatliche Behörden, Gesinnungsverhöre und tausendfache Einstellungsverzögerungen und Entlassungen beim Öffentlichen Dienst waren die Folge. Bis zum heutigen Tag ist dieses unrühmliche Kapitel bundesdeutscher Geschichte nicht abgeschlossen und aufgearbeitet. In Bayern wird heu-



te noch mit skandalösem Fragebogen bei Einstellungen gearbeitet.

Aus diesem Grund haben die Initiativen gegen Berufsverbote nun einen bundesweiten Aufruf gestartet, mit dem Ziel den „Radikalenerlass“ generell und bundesweit offiziell aufzuheben und alle Betroffenen voll umfänglich zu rehabilitieren und zu entschädigen. Zudem sollen die Folgen der Berufsverbote und ihre Auswirkungen auf die demokratische Kultur wissenschaftlich aufgearbeitet werden.

Für die Forderungen gibt es bereits jetzt großen Zuspruch. Die Vorsitzenden der Gewerkschaften Reiner Hoffmann (DGB), Marlis Tepe (GEW), Frank Werneke (ver.di) Jörg Hofmann (IG Metall) gehören zum Kreis der Erstunterzeichner. Viele Persönlichkeiten, wie beispielsweise die Auschwitzüberlebende Esther Bejarano, die Antifaschistin Beate Klarsfeld, Prof. Dr. Alfred Grosser (Paris) und auch der Kabarettist Max Uthoff, der Autor Henning Venske, der Jazz-Musiker Emil Mangelsdorff und der Liedermacher Hannes Wader unterstützen den Aufruf. Nähere Informationen zum Aufruf und zur Unterzeichnung gibt's im Internet bei „berufsverbote.de“.

BTW 21

Dauerhaft bezahlbaren Wohnraum schaffen! Öffentlicher Wohnungsbau!

Kommunisten wählen! DKP

Bundestagswahl 2021:

Deine Stimme zählt

Deutsche Kommunistische Partei

Nachrichten aus der Corona-Welt

Eine Empfehlung der Weltgesundheitsorganisation (WHO)

„Wir in der Weltgesundheitsorganisation befürworten keine Lockdowns als primäres Mittel zur Kontrolle dieses Virus. ... Und so appellieren wir wirklich an alle führenden Politiker der Welt: Hören Sie auf, die Lockdowns als ihre primäre Kontrollmethode zu benutzen, entwickeln Sie bessere Systeme dafür, arbeiten Sie zusammen und lernen Sie voneinander, aber denken Sie daran, dass Lockdowns nur eine Konsequenz haben, die Sie niemals außer Acht lassen dürfen, und das ist, arme Menschen um ein Vielfaches ärmer zu machen.“

(Dr. David Nabarro, Corona-Sonderbeauftragter der WHO am 8.10.2020 im Video-Interview mit dem Londoner Magazin „Spectator“)

Kultureller Notstand

Kunst ist mehr als Unterhaltung. Kunst kann man nur mit allen Sinnen erleben. Vor 5 Wochen rief der Bürgermeister von **Marseille** deshalb den „kulturellen Notstand“ aus. Alle Theater der zweitgrößten Stadt Frankreichs wurden am letzten Januarsamstag für das Publikum geöffnet. Bürgermeister Benoît Payan erklärte seine durch Hygienekonzepte abgesicherte Aktion, die dennoch bewusst gegen die Vorgaben der Zentralregierung in Paris verstieß, mit der gesellschaftspolitischen Bedeutung der Kultur: Kultur sei weit mehr als eine Freizeitbeschäftigung. Kunst und Kultur bringen Bewegung in die Gesellschaft. Kultur ist gelebte und erlebte Freiheit.

Save the Date
12.09. Kommunalwahl
26.09. Bundestagswahl

Wir brauchen Deine Unterstützung!

Wir engagieren uns gegen die Aufrüstung der NATO gegen Russland. Wir kämpfen gegen die Abwälzung der Krisenkosten auf die große Mehrheit der Bevölkerung. Wir wollen, dass endlich die Superreichen in unserem Land zur Kasse gebeten werden. Damit wir im Herbst auf dem Wahlzettel stehen, benötigen wir 2000 Unterstützungsunterschriften. Hilf uns, dieses Ziel zu erreichen! Was Du tun kannst:

Per Mail ein Formular mit frankiertem Rückumschlag anfordern:
info@dgp-niedersachsen.de

Weitersagen an Familie, Freunde, Kollegen!

Impf-Milliarden für Pharma-Konzerne

Die Pharmakonzerne AstraZeneca, Pflizer/BioNTech, Moderna, Sanofi, Johnson&Johnson, CureVac und Novavax haben bisher von den USA und der EU 8,6 Mrd. Dollar an Zuschüssen für die Entwicklung von Covid-Impfstoffen bekommen, selbst aber nur 3,4 Mrd. investiert. Allein die Bundesregierung hat BioNTech mit 375 Mio. Euro und CureVac mit 230 Mio. Euro subventioniert. Dafür sicherten sich die EU 300 Mio. Impfdosen für 1,8 Mrd. Dollar und die USA 1,1 Milliarden Dosen für 12,4 Mrd. Dollar - ein garantierter Umsatz für die Konzerne in Höhe von über 14 Mrd. Dollar mit ebenso garantiertem Gewinn. Die Verkaufspreise schwanken dabei extrem zwischen 37 Dollar (Moderna) und 8 Dollar (AstraZeneca); der russische Sputnik-V-Impfstoff kostet 10 Dollar.

Obwohl zum größten Teil öffentlich finanziert gehören Patente und Lizenzen weiterhin den Konzernen, die damit ein Marktmonopol besitzen. Hier zeigt sich wieder einmal das Prinzip kapitalistischen Wirtschaftens: Kosten werden auf die Gesellschaft abgewälzt und Gewinne privatisiert.

BTW 21

Frieden und Zusammenarbeit mit Russland und China!

Kommunisten wählen! DKP

Bundestagswahl 2021:

Deine Stimme zählt

Deutsche Kommunistische Partei

Gesund und satt durch den Winter

Hannover trifft Havanna

Karotten-Kokos-Suppe

Zutaten für 4 Personen:

1kg Karotten
1–2 Stangen Porree
1 kleinen Sellerie
1 kleines Stück Ingwer
1 Zwiebel

ca. 300 ml. Gemüse- oder Hühnerbrühe

ca. 1l Kokosmilch

½ Becher Frischkäse

1 Beutel Kokosflocken

Butter, Zucker, Pfeffer

Zubereitung:

Ca. ¼ der Karotten putzen und in feine Scheiben schneiden, anschwitzen in ein bisschen Butter, mit etwas Zucker karamellisieren. Zur Seite stellen. Den Rest des Gemüses putzen und kleinschneiden. Anschwitzen mit Butter und Zucker, zum Schluss pfeffern. Mit Brühe aufgießen, so dass alles gut bedeckt ist. Kochen bis das Gemüse schön weich ist. Mit einem Mixstab pürieren. Mit Kokosmilch aufgießen, die Kokosflocken und die zur Seite gestellten Karotten hinzufügen. Wenn die Karotten weich sind, den Frischkäse zufügen - fertig. Wer noch ein bisschen knuspern mag, kann ein paar geröstete Kürbiskerne in die Suppe geben.

Termine der DKP Hannover

Stadtteilgruppe Linden
nächstes Treffen:
Montag,
15. März
19.00 Uhr
DKP Kreisbüro
Göttinger Str. 58

Stadtteilgruppe Mitte
nächstes Treffen:
Montag,
29. März
19.00 Uhr
DKP Kreisbüro
Göttinger Str. 58